

Bündnis 90/Die Grünen

26. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz

1.-3. Dezember 2006, Kölnmesse, Köln-Deutz

Neue Wege in der beruflichen Ausbildung gehen

Die Situation auf dem Lehrstellenmarkt ist zu Beginn des Ausbildungsjahres 2006 dramatisch. Ende September waren offiziell noch 49.500 Jugendliche ohne Ausbildungsplatz. Damit hat sich die Zahl gegenüber 2005 stark erhöht. Rund die Hälfte der unversorgten Jugendlichen sucht seit einem Jahr oder länger nach einer Lehrstelle. Immer mehr Jugendliche hängen in so genannten Warteschleifen und 84.000 haben dieses Jahr direkt eine Beschäftigung aufgenommen, ohne jede berufliche Qualifizierung.

Der Versuch, allein mit dem Ausbildungspakt die Lehrstellensituation auf Dauer zu verbessern, ist gescheitert. Der Pakt hat zwar dazu geführt, dass ca. 63.000 Ausbildungsplätze neu geschaffen wurden und viele Betriebe erstmalig für die Ausbildung gewonnen werden konnten - so gesehen war er erfolgreich. Das Grundproblem ist jedoch, dass im selben Zeitraum sehr viel mehr Lehrstellen weggefallen sind. Unter dem Strich sind also neue, aber keine zusätzlichen Ausbildungsplätze entstanden. Auch wenn das Moratorium erst im Sommer 2007 ausläuft, besteht dringender Handlungsbedarf.

Um der Ausbildungsplatzmisere in diesem Jahr kurzfristig etwas entgegenzusetzen, fordern wir ein Sonderprogramm zur Schaffung von 50 000 betrieblichen und außerbetrieblichen Ausbildungsplätzen. Das Programm sollte vor allem für Altbewerberinnen und -bewerber sowie für Jugendliche mit Migrationshintergrund gestaltet werden. Die dafür nötigen 650 Millionen Euro können problemlos aus den Überschüssen der Bundesagentur für Arbeit finanziert werden.

Das genannte Ausbildungsprogramm kann jedoch nur eine einmalige Notmaßnahme sein. Viel wichtiger sind langfristige Strukturreformen im Ausbildungssystem. Denn der Wandel zur Dienstleistungs- und Wissensgesellschaft sowie die steigende Bedeutung der Informations- und Kommunikationstechnologien verändern die Wirtschaft stark und stellen somit auch neue Anforderungen an die Ausbildung. Viele Berufe erfordern heute ein größeres theoretisches Wissen. Dadurch verändern auch viele Unternehmen ihre Rekrutierungsstrategien. Sie werden in Zukunft vermehrt Bachelor-Absolventinnen und -Absolventen einstellen. Hinzu kommt, dass Bereiche, die keine betriebliche Ausbildung kennen, wie Pflege oder Erziehungswesen, an Bedeutung gewinnen.

Vor diesem Hintergrund sind auch Umlagesysteme zu bewerten. Sie können zwar zu einer gerechteren Lastenaufteilung zwischen ausbildenden und nicht ausbildenden Unternehmen beitragen. Sie können aber nicht die notwendige Zahl zu-

sätzlicher betrieblicher Ausbildungsplätze schaffen und tragen nicht dazu bei, die Strukturen zu modernisieren.

Dabei sind Strukturveränderungen dringend geboten. Denn wir sind mit einigen unhaltbaren Umständen konfrontiert: Etwa 40% der Jugendlichen, die eine Lehrstelle suchen, landen im so genannten Übergangssystem. Darunter sind alle Maßnahmen und Programme zur „beruflichen Grundbildung“ zu verstehen, die außerhalb der regulären Ausbildung stattfinden und zu keinem qualifizierenden beruflichen Abschluss führen. Diese Maßnahmen sind größtenteils nicht auf reguläre Ausbildungsgänge anrechenbar und stellen somit echte Warteschleifen dar. Dadurch sind sie für die Jugendlichen häufig ineffizient und für die öffentliche Hand teuer.

Unhaltbar ist auch, dass über die Hälfte der Absolventinnen und Absolventen mit Hauptschulabschluss und überproportional viele Jugendliche mit Migrationshintergrund im Übergangssystem landen. Diese Jugendlichen haben trotz eines Schulabschlusses kaum eine Chance auf Berufsqualifizierung.

Hinzu kommt, dass viele Ausbildungsplätze seit Jahren unbesetzt bleiben, weil die Betriebe keine geeigneten Bewerberinnen und Bewerber finden. Ein Grund dafür ist, dass unser Bildungssystem zu viele Bildungsverlierer produziert. Kinder werden nicht ausreichend individuell gefördert und zu früh „ausortiert“, die Schulabbrecherquote liegt in einzelnen Bundesländern bei bis zu 14%. Die Bundesländer stehen hier in der Verantwortung, alle Jugendlichen zu einem qualifizierten Abschluss zu bringen.

Angesichts dieser Zahlen und Fakten müssen wir uns von der Vorstellung verabschieden, das Ausbildungssystem in Deutschland könne so bleiben, wie es ist. Die Zahl der klassischen betrieblichen Ausbildungsplätze wird nicht merklich steigen – trotz aller Anstrengungen in diesem Bereich. Und auch das Problem der gering qualifizierten Jugendlichen wird sich nicht „auflösen“, wenn in einigen Jahren demografisch „schwache“ Jahrgänge auf den Ausbildungsstellenmarkt kommen. Denn dies wird nicht dazu führen, dass man auf die Geringqualifizierten zurückgreift. Dafür ist die Anzahl der schlecht Ausgebildeten zu hoch und der Verdrängungswettbewerb von oben nach unten zu stark. Diese Jugendlichen und jungen Erwachsenen brauchen gezielte Bildungsangebote, um nach- und aufzuholen.

Für diejenigen, die jetzt ins Ausbildungssystem wollen, müssen wir zu anderen Lösungen kommen und eine sinnvolle Erweiterung der herkömmlichen dualen Ausbildung schaffen. Nicht sinnvoll ist es, jedes Jahr rund vier Milliarden Euro in ein ineffizientes, zu wenig an Qualifizierung ausgerichtetes Übergangssystem zu stecken. Die betriebliche Ausbildung zu erweitern, heißt keinesfalls, das bewährte Prinzip der Dualität – d.h. die Verbindung von schulischem Lernen und Praxisanteilen im Betrieb – abzuschaffen. Vielmehr sollte die Lösung darin liegen, das duale Prinzip auch jenseits bisher bekannter betrieblicher Ausbildungen zu realisieren.

Hauptverantwortlich für die Schaffung von Ausbildungsplätzen sind weiterhin die Unternehmen. Die Kleinen und mittleren Unternehmen kommen im Großen und

Beschluss:

Neue Wege in der beruflichen Ausbildung gehen
S. 2/4

Bündnis 90/Die Grünen
26. Bundesdelegiertenkonferenz
1.-3. Dez. 2006, Rheinparkhallen Köln

Ganzen ihrer Verantwortung nach, viele bilden über Bedarf aus. Einige schwarze Schafe gibt es aber bei den Großunternehmen. Die im DAX notierten Konzerne weisen zum Teil unterirdische Ausbildungsquoten auf. Nicht hinnehmbar ist es, dass einige dieser Konzerne zuletzt die Vorstandsgehälter um 30% erhöht haben und gleichzeitig eine Ausbildungsquote von 2-3% bei einem allgemeinen Durchschnitt von 6,4% aufweisen. Hier müssen wir wie im Sommer durch die Kampagnen des Bundesvorstands gezielt politischen Druck ausüben.

Wir wollen unser Ausbildungssystem zukunftsfähig machen und daher:

Spielräume des Berufsbildungsgesetzes endlich nutzen

Die Anerkennung und Anrechnung einzelner Qualifizierungsschritte von der Berufsvorbereitung bis zum Abschluss ist überfällig. Damit können die so genannten Warteschleifen aufgelöst werden. Vollschulische Ausbildungsgänge müssen künftig nicht nur in vier, sondern in allen 16 Bundesländern anerkannt werden. Durch Verbundlösungen von Berufsfachschulen, Betrieben und Bildungsdienstleistern sollen neue Formen regionaler dualer Ausbildungsstrukturen entwickelt werden.

Modularisierung von Ausbildungsgängen vorantreiben

Die Modularisierung von Ausbildung muss auch bei der Ausgestaltung des Europäischen Qualifikationsrahmens (EQR) das Berufsprinzip erhalten und dabei die Durchlässigkeit zwischen Schulbildung, Ausbildung und Weiterbildung herstellen.

Durch eine stärkere Modularisierung hätten Betriebe zudem mehr Optionen, sich an der Ausbildung zu beteiligen, weil sie nicht mehr die Verantwortung für eine komplette Ausbildung übernehmen müssten. Dies würde auch den Zugang für solche Branchen erleichtern, die traditionell keine etablierte Ausbildungskultur haben.

Branchen- und regionenspezifische Umlagesysteme fördern

Ausbildungskosten müssen zwischen ausbildenden und nicht ausbildenden Betrieben besser verteilt werden. Wir unterstützen daher die Tarifparteien, die in regionalen oder branchenspezifischen Umlagesystemen jeweils eine zielgenaue und bürokratiearme Umlage einrichten können, wie dies z.B. die Baubranche getan hat.

Kurzfristig können die Betriebe mehr Gerechtigkeit schaffen, indem sie Prüfungsgebühren auf die Kammermitglieder umlegen. Außerdem können Ausbildungsverbände (Nach-)Qualifizierungskosten gemeinsam tragen.

Ausbildende Betriebe bei der Vergabe öffentlicher Aufträge bevorzugen

Die Bevorzugung ausbildender Betriebe bei der Vergabe öffentlicher Aufträge ist durch die Umsetzung der EU-Vergaberichtlinie aus dem Jahr 2004 möglich. Wir fordern die Bundesregierung, die sich bislang weigert, auf, bei der Umsetzung der Richtlinie die notwendige Klarstellung zu schaffen.

Produktionsschulen einrichten

Wir wollen, dass die Länder Produktionsschulen einrichten. Hier findet Qualifikati-

on von Jugendlichen in arbeitsmarktnah organisierten Produktionsbereichen statt. Damit können auch diejenigen Jugendlichen erreicht werden, die vom schulischen Lernen nicht mehr erreicht werden. Eine solche Qualifizierung, die mit anerkannten Abschlüssen endet, muss in die Regelförderung der Sozialgesetzbücher übernommen werden.

Betriebe beim Ausbilden besser unterstützen

Fehlende inhaltliche Unterstützung spielt für Betriebe bei der Entscheidung für oder gegen Ausbildung eine viel größere Rolle als die Höhe der Ausbildungsvergütung. Unternehmen müssen daher bei der Vorbereitung und Durchführung von Ausbildung besser unterstützt werden. Kammern und Unternehmerverbände sind in der Pflicht, mehr Ausbildungsberaterinnen und -berater einzustellen. Auch die Zusammenarbeit mehrerer Betriebe in Ausbildungsverbänden kann hierüber verstärkt werden.

Eine spezifische Zielgruppe von Unterstützungsmaßnahmen sind von Migrantinnen und Migranten gegründete Unternehmen sowie Selbständige mit Migrationshintergrund. Hier ist noch Potenzial für mehr Ausbildungsplätze.

Gerechten Zugang bei Berufsberatung und -orientierung sichern

Ausbildung und Qualifizierung junger Menschen muss Vorrang vor der Vermittlung in Beschäftigung haben. Dies muss im Sozialgesetzbuch II klargestellt werden.

Eine qualifizierte Berufsberatung für alle Jugendlichen durch die Bundesagentur für Arbeit muss künftig sichergestellt werden. Die Unterscheidung zwischen Jugendlichen, die unter „Bedarfsgemeinschaft nach SGB II“ (Hartz IV) fallen, und denjenigen, die nach SGB III von der Arbeitsagentur beraten werden, muss beendet werden.

Nachhaltigkeit von Projekten steigern, Regionale Netzwerke gründen

Es gibt eine riesige, unüberschaubare Zahl von Ausbildungs- und Qualifizierungsprojekten. Häufig werden nach dem Ende der Laufzeit neue Projekte mit ähnlichem Ziel aufgelegt. Um eine nachhaltige Wirkung zu erzielen, ist es notwendig, die Projekte ausreichend zu evaluieren und die Ergebnisse in der Fläche umzusetzen. In regionalen Netzwerken können erfolgreiche Projekte langfristig als Ausbildungspraxis verankert werden können.

Berufsorientierung in der Schule verbessern

Die Berufsorientierung in Schulen soll durch die Zusammenarbeit von Schule und Wirtschaft verbessert werden. Dazu gehört, dass Praktika in unterschiedlichen Berufszweigen geleistet und besser in den schulischen Alltag eingebunden werden.

Beschluss:

Neue Wege in der beruflichen Ausbildung gehen
S. 4/4

Bündnis 90/Die Grünen
26. Bundesdelegiertenkonferenz
1.-3. Dez. 2006, Rheinparkhallen Köln